



Antwort auf die Stellungnahme der Stadt Halle

In unserem Leserbrief haben wir den Vorwurf erhoben, dass Roth/Appel den Beratungsprozess im Jugendamt Halle bewusst falsch darstellen und dass der größte Teil des Textes gar nicht von den beiden Autoren selbst stammt.

Bezeichnenderweise antwortet nicht Klaus Roth als Hauptautor des Textes, sondern einer der von ihm beratenen Ressortleiter. (Dieser gehört zum engsten Leitungskreis des Jugendamts Halle und ist, wie Roth, allerdings mitverantwortlich für die dortige Entwicklung).

1. Keine Beteiligung

Erst durch die *Nichtbeteiligung* der Freien Träger und der MitarbeiterInnen des Jugendamts konnte es überhaupt passieren, dass Klaus Roth mit dem Leitungsteam des Jugendamts in einjähriger Arbeit ein höchst umstrittenes »Fachkonzept« erarbeitete, das

erst dann – wie von Wilhelm dargestellt – am 7. September 2006 der LIGA vorgestellt und bereits am 5. Oktober (keinen Monat später!) im Jugendhilfeausschuss verabschiedet wurde – obwohl alle Fachleute seine schlechte Qualität hervorgehoben hatten. Ein Antrag der LIGA auf Verschiebung, um sich gründlicher mit dem Konzept zu befassen, wurde auf Druck der damaligen Sozialdezernentin und heutigen Oberbürgermeisterin Szabados (SPD), des Beraters Roth und des Amtsleiters von den Stadträten abgelehnt, das Konzept wurde sofort und wie verlangt ohne Änderung gegen die Stimmen der LIGA beschlossen.

Die Mitarbeiter wurden über das Konzept, das nach der Idee von Roth und Appel auch die »radikale Umstrukturierung« des Jugendamts vorsah, erst eine Woche *danach* informiert. Als später die Mitarbeiter ein »Diskussionspapier« erstellen sollten, durften dabei die »pro-aktiven Systeme« selbst nicht in Frage gestellt werden. Dass dieses Papier an-

schließlich von Roth und Appel unter eigenem Namen veröffentlicht wurde, wird von Wilhelm gar nicht bestritten. Doch auch wenn er selbst dieses Vorgehen für korrekt hält, genügt das außerhalb des Halleschen Jugendamts nicht den Ansprüchen an Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit.

Nicht zuletzt wurde auch das gesetzlich vorgesehene Beteiligungsgremium, die Arbeitsgemeinschaft, nach § 78 einseitig und gegen den Willen der Freien Träger aufgelöst, wiederholte Anträge auf Wiedereinsetzung wurden konsequent abgelehnt.

Beteiligung soll der Qualität sowie der Effektivität und Effizienz von Veränderungsprozessen dienen. Dass in Halle die *Nichtbeteiligung* von Fachleuten von Leitung und Berater aus Gründen der Zeitersparnis ausdrücklich beabsichtigt war, haben Amtsleiter Rochau und Ressortleiter Wilhelm uns in einem Gespräch im Juli 2007 sogar bestätigt.

2. Das Sparkonzept

Bis heute streiten Klaus Roth, die Oberbürgermeisterin und die RessortleiterInnen hartnäckig ab, dass es sich beim sog. »Fachkonzept« um ein *Sparkonzept* handelt. Dabei ist dort unmissverständlich nachzulesen:

»Der Konsolidierungsbeitrag des Fachbereichs umfasst insgesamt 4,2 Mio. € in den Jahren 2007/08; davon im Bereich Hilfen zur Erziehung 4,0 Mio. € und in der Prävention 200 T. €« (S. 4, fast wörtlich wiederholt auf S. 8).

Keineswegs die START gGmbH (wie von Wilhelm behauptet), sondern die Freien Träger haben schon am 5. Oktober 2006 auf die Unmöglichkeit einer solch kurzfristigen Wirkung von Prävention hingewiesen. Roth und Szabados haben diese Einwände vehement zurück gewiesen. Entsprechend wurde der Haushaltsansatz für das Jahr 2007 umgehend gekürzt. Dass die Ausgaben dann nicht sanken, sondern tatsächlich sogar um 3,1 Mio. stiegen, war alles andere als geplant – und

sollte im Herbst 2007 durch die Entlassung *aller* Kinder aus den Heimen und die dadurch angestrebte Einsparung von 2 Mio. € im letzten Moment noch verhindert werden.

3. Die Dienstanweisung Nr. 93

Die Sprache dieser Dienstanweisung ist ebenso eindeutig wie die Reaktionen darauf von Seiten der Presse, der führenden Fachverbände (EREV, DBSH, AFET, IGFH, DGFS) und der Fachpolitik (Wiesner, Struck, Mertens ...). Wilhelm weiß nur zu gut, dass diese Dienstanweisung gegenüber den MitarbeiterInnen ganz genau so vertreten wurde, wie sie außerhalb Halles bis heute gelesen wird – und dass die Oberbürgermeisterin sie zunächst zwei Monate lang öffentlich heftig verteidigt hat. Wenn man tatsächlich etwas anderes gemeint hätte, hätte man das problemlos in kürzester Zeit ändern können ...

Die Oberbürgermeisterin kannte vorab diese Dienstanweisung und hat sie ausdrücklich genehmigt, Klaus Roth berät sie und die Stadt Halle in Fragen der Kosteneinsparung im Jugendamt. Wenn beide jetzt den (seit Monaten abwesenden) Amtsleiter zum Sündenbock machen, ist das nicht nur verantwortungslos (d. h. sie übernehmen nicht die Verantwortung für das, was sie selbst mit zu verantworten haben), sondern auch menschlich schäbig.

4. Quartiersrunden

Effektivität und Effizienz der Quartiersrunden stehen in Frage – der personelle Aufwand ist enorm, der Sinn fachlich unklar, das Ziel (bei den Hilfen zur Erziehung 4 Mio. € zu sparen) schlichtweg absurd. Sowohl die eigenen Mitarbeiter als auch die Freien Träger verweisen nach wie vor auf diese erheblichen fachlichen und organisatorischen Mängel. Berater Roth und die Ressortleiter diffamieren jede Kritik als Boykott, sie halten unbeirrt an ihrem Plan fest: Wodurch Mitarbeitern wie

Freien Träger in ihrer direkten und indirekten Abhängigkeit notgedrungen nur die der Mitarbeiter bleibt.

Fazit

Der Vorwurf bleibt, dass Roth und Appel einen fremden Text unter eigenem Namen ver-

öffentlicht und in den wenigen eigenen Absätzen die Wahrheit bewusst verdreht haben.

(Alle Dokumente einschl. der Zitate unter www.herwig-lempp.de/dokumente.htm).

Prof. Dr. Johannes Herwig-Lempp

Große Ulrichstr. 51, 06108 Halle

E-Mail: johannes@herwig-lempp.de